Nr. 50 23. Oktober 1969 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

PERSONAL-„POLITIK" AN DER RUHR-UNI

Wie in der letzten Nummer angekündigt, bringen wir heute die Fortsetzung unserer Recherchen. Diese sind inzwischen so weit gediehen, daß wir weitere Artikel ankündigen können.

Aufgrund unserer Erkundungen haben wir aber auch schon so weit Durchblick bekommen, daß wir es für dringend erachten, einige Verwaltungsposten neu zu besetzen: vor allem den des Kanzlers und des Bibliothekdirektors.

Das Kanzleramt dieser Universität ist dafür verantwortlich zu machen, daß sich die Beschwerden von Verwaltungsangestellten immer mehr häufen, es ist aber nicht gewillt, diese Beschwerden im Sinne der Betroffenen beizulegen, sondern versucht durch Druck und Androhung von Repressalien den Geist, der nur noch mit dem der Bundeswehr zu vergleichen ist, weiter aufrechtzuerhalten.

Wir fordern deshalb: Neubesetzung dieser zwei Posten, aber nur mit studentischer Beteiligung!

AStA und Redaktion

„Was die Studentenunruhen nicht erreicht haben, wird die Universitätsverwaltung schaffen, nämlich die Universität kaputtzumachen." (Ein Professor zur Personalpolitik der Ruhr-Universität, im August 1969.)

Volles Verständnis haben wir für das Bestreben unserer Kollegen Sachbearbeiter in der Personalverwaltung, die vorhandenen finanziellen Mittel rationell einzusetzen.

Kein Verständnis haben wir allerdings für das Bemühen, gegen möglichst geringe Kosten eine höhere Leistung zu erzielen, wenn qualifizierte Arbeit nicht durch entsprechende Eingruppierung honoriert wird, wie sie BAT und MTL vorschreiben.

Eine Reihe von Mitarbeitern hat bereits eine Fülle negativer Erfahrungen sammeln können, wenn es darum ging, eine ihrer Tätigkeit entsprechende Eingruppierung zu erreichen. Einige Fälle konnten nur durch Klagen beim Arbeitsgericht geklärt werden, für die von der Gewerkschaft ÖTV selbstverständlich Rechtsschutz übernommen wurde.

An der Personalpolitik der Ruhr-Universität erweist sich allen sichtbar die Notwendigkeit einer starken Betriebsorganisation der Gewerkschaft ÖTV.

Wenn es in anderen Betrieben des öffentlichen Dienstes heute vielfach keine Schwierigkeiten mehr bereitet, für geleistete Arbeit auch den entsprechenden finanziellen Ausgleich zu erreichen, so ist dies auf die Überzeugungskraft zurückzuführen, die dort von einer starken ÖTV-Organisation ausgeht.

Die bisher nicht zu uns gehörenden Kolleginnen und Kollegen sind aufgefordert, mit uns gemeinsam ihre Forderungen durchzusetzen.

Die **Verantwortlichen der Ruhr-Universität** werden aufgefordert, sich von dem Grundsatz „zu geben, was (nach ihrer Ansicht) unbedingt **nötig** ist", zu lösen und sich künftig davon leiten zu lassen, zu geben, was nach BAT und MTL **möglich** ist, denn nur dadurch können sie den besonderen Anforderungen, die eine Tätigkeit an der Universität nun einmal stellt, gerecht werden."

Dieses Flugblatt der Gewerkschaft ÖTV, Abteilung Ruhr-Universität, enthüllte in den letzten Tagen in großem Rahmen die Misere der Personalpolitik der RUB, die bereits vielfach bei den Einstellungsverhandlungen beginnt.

Aus Unkenntnis der tarifrechtlichen Bestimmungen und im Vertrauen auf korrekte Eingruppierung erleidet ein nicht unerheblicher Teil der Neueingestellten gleich zu Anfang ihrer Tätigkeit Einkommenseinbußen, die bei richtiger Beratung vermeidbar wären.

Manche dringend benötigten Bewerber, vor allem aus dem technischen Bereich, verzichten auf weitere Einstellungsverhandlungen, wenn sie sich über die finanziellen Möglichkeiten unterrichtet haben, welche die Personalverwaltung einzuräumen bereit ist.

Es ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich der RUB ein geordneter Betrieb beispielsweise der Praktika wegen Fehlens qualifizierter technischer Mitarbeiter nicht mehr möglich ist.

Der immer deutlicher zutage tretenden Entwicklung der Personalverwaltung der RUB, sich zu verselbständigen, d. h., um ihrer selbst willen da zu sein und sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Universität zu orientieren, muß energisch entgegengetreten werden, um irreparable Schäden zu verhindern.

Die im Universitätsparlament vertretenen Gruppen sollten der Personalpolitik der RUB im eigenen Interesse ihre Aufmersamkeit widmen und ggf. auch vor personellen Konsequenzen nicht zurückscheuen.

Vertrauensleute der ÖTV-Abteilung RUB, die, durch das starke Anwachsen der Organisation bedingt, täglich mit neuen Problemen konfrontiert sind, werden beschimpft („Querulanten" — Ausspruch eines Beamten der Personalverwaltung), und sogar unter Druck gesetzt, („man muß damit rechnen, daß die Verwaltung reagiert, wenn man aktiv ist", ein „gehobener" Vertreter der RUB-Verwaltung zu einem ÖTV-Vertrauensmann).

Diese unverhüllte Ankündigung von Repressionen steht als Versuch, die Arbeit der ÖTV in der Universität zu behindern, im Gegensatz zu höchstrichterlichen Urteilen, in denen das Recht direkten Tätigwerdens der Gewerkschaft in Betrieben und Verwaltungen ausdrücklich anerkannt wird.

Die Gewerkschaft ÖTV wird geeignete Maßnahmen ergreifen, um ihre Rechte im Interesse der nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB unbehindert wahrnehmen zu können.

Ein besonders trübes Kapitel stellt die Personalpolitik der Universitätsbibliothek dar, die in ihrer Klosterbusch-Abgeschiedenheit der Kontrolle weitgehend entzogen ist.

Günter Pflug, Direktor der UB, dessen fehlendes Fingerspitzengefühl in Sachen Personalpolitik mittlerweile universitätsbekannt ist, versucht offenbar, diesen Mangel durch periodisch erscheinende „Dienstanweisungen" im Stile von Führerbefehlen zu kompensieren.

Sein neuestes Produkt umfaßt 24(!) Seiten DIN A 4.

Er legt darin u. a. fest, daß kein Angestellter mit Tätigkeiten betraut werden darf, die eine höherwertige Eingruppierung rechtfertigen würde.

Er will offensichtlich damit erreichen, daß jede weitere Qualifizierung von Mitarbeitern, die dann aufgrund ihrer besseren Leistung natürlich eine bessere Bezahlung fordern könnten, unterbleibt.

Die Personalpolitik des Herrn Pflug wird zu einem späteren Zeitpunkt, nach Abschluß der Recherchen, Gegenstand einer Untersuchung in der BSZ sein.

August Winter

Der Bericht über die Personalpolitik der RUB wird fortgesetzt.

Umlauf 107
Fachreferenten
Rechnungsstelle
Vorzimmer
Registratur
Vorakzession
Katalogisierung
Buchakzession einschl. Buchvert.
Einband- und Schlußstelle
Tausch- u. Dissertationsstelle
Koordinierungsstelle
Benutzungsabteilung IB
Zeitschriftenstelle
Benutzungsabteilung NB
Datenverarbeitung
Betr.: Ausübung bestimmter Tätigkeiten

In der letzten Zeit mehren sich Fälle, daß Mitarbeiter, die für bestimmte Tätigkeiten eingestellt wurden, ärztliche Atteste beibringen, die bescheinigen, daß sie diese Tätigkeiten nicht verrichten können. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß Mitarbeiter, die die ihnen zugewiesene Tätigkeit dauernd aus gesundheitlichen Gründen nicht erfüllen können, damit rechnen müssen, daß ihnen das Arbeitsverhältnis durch den Kanzler der Universität gekündigt wird, daß die Erfüllung der übernommenen Tätigkeiten zu den dienstlichen Obliegenheiten gehört. Mitarbeiter, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sehen, die in ihrem Arbeitsgebiet anfallenden Tätigkeiten zu erfüllen, müssen sich gegebenenfalls nach einer anderen Arbeit umsehen.

(Professor Dr. Pflug)

Bochum, den 21. Okt. 1969 B.

Planung an der Ruhr-Universität

Im Strukturplan — Ausstattungs- und Entwicklungsplan — der Ruhr-Universität Bochum gehen die Planungen für das Studienjahr **1974/75** von einer Studentenzahl von **18 318** aus. Auf Blatt 14 des Strukturplans, der Anfang September der Öffentlichkeit übergeben wurde, wird der Parkierungsplan und damit die Berechnung des Parkflächenbedarfs für 1975 ausgewiesen. Und hier zeigt sich wieder einmal das Durcheinander und die bewußte Hintergehung der Studenten bei der Planung der RUB: für die Berechnung des Parkflächenbedarfs für 1975 wurden nur **15 000** Studenten und 5000 Bedienstete zugrundegelegt. Das Dreiklassenparkrecht (Parkflächenreservierung für Professoren und Bedienstete, siehe auch Anmerkung), jahrelang von der Ruhr-Universität praktiziert, wird auch noch 1975 aufrechterhalten. Für die Planung wird von einem Motorisierungsgrad von nahezu 45 Prozent bei den Studenten ausgegangen. Somit sind bei einer Minderberechnung von 3318 Studenten für sage und schreibe 1493 motorisierte Studenten keine Parkflächenmöglichkeiten vorgesehen.

Hält man dem Parkierungsplan gerechterweise zugute, daß er nach der Prognose bei Studenten einen Gleichzeitigkeitsfaktor (der die Anwesenheit ausdrücken soll) von 0,7 (bei Bediensteten ist — aha! — der Gleichzeitigkeitsfaktor mit 0,9 angegeben) und der mittlere Grenzwert der Prognose des Motorisierungsgrades für Studenten bei 45 Prozent liegt) bei den Bediensteten werden aber 80 Prozent genannt!!!), so werden nach den Berechnungen des Strukturplanes für 15 000 Studenten 1975 absolut nur 4720 Parkplätze zur Verfügung stehen. Für 5000 Bedienstete werden bis auf einer Tausenderdifferenz aber 3600 Parkplätze vorhanden sein. Zahlenmäßig sind die Studenten dreimal stärker an der Uni vertreten, werden aber etwa die gleiche Anzahl von Parkplätzen erhalten wie die Bediensteten.

Woher diese kuriosen Zahlen für den Gleichzeitigkeitsfaktor und den Motorisierungsgrad stammen, verschweigt der Strukturplan selbstverständlich. Geht man jedoch den Zahlen nach, die auf allen anderen Seiten des Strukturplanes für 1975 angenommen wurden, so schneiden die Studenten sogar noch viel schlechter ab. Denn nach dem bewußt angewandten verfälschenden Rechensystem müßten bei der geplanten Studentenzahl von 18 318 immer ein absoluter Parkplatzbestand von 5770 für die Studenten zur Verfügung stehen. Aber nein! Wiederum werden die Studenten von der Uni-Planung beschissen: die Differenz zu 4720 (oben erwähnt) beträgt genau **1050.** Und diese **1050 Parkplätze werden den Studenten vorenthalten!** 1050 motorisierte Studenten existieren in der Planung der RUB überhaupt nicht! Mit dem gleichen Trick hat der damalige CDU-Wohnungsbauminister Lücke jahrelang bewußt die Öffentlichkeit getäuscht, indem er mittels einer fragwürdigen Fortschreibung auf dem Papier plötzlich nahezu eine Million Wohnungen mehr als tatsächlich vorhanden stehen hatte, sich aber den gefälschten Argumenten der Haus- und Grundstückseigentümer anschloß und die Mietfreigabe erwirkte. Genauso will auch die Uni 1050 motorisierte Studenten (mindestens!) hinausboxen. **Der Klassenkampf muß also nicht nur in die Universität getragen werden, er muß auch auf den Parkplätzen stattfinden!!!**

Anmerkung: Erst vor kurzem ließ Verwaltungsdirektor Schmitz für die Zeit von 18 bis 22 Uhr einen Parkwächter abstellen, der die Pflicht hat, Herrn Schmitz den Parkplatz neben den Telefonhäuschen freizuhalten. Grund: Einige Tage vorher hatte jemand die Frechheit besessen, gerade da zu parken, wo sonst Herr Schmitz seinen Wagen zu parken pflegt.

Mensa-Fraß

„Da kann ich ja gleich Scheiße fressen, da sind wenigstens noch ein paar Kalorien mehr drin!" Das waren die recht drastischen Worte eines Kommilitonen, als er das Mensaangebot betrachtete.

Recht drastisch ist aber auch das Essen täglich in der Mensa. Da gibt es Kartoffeln, die selbst Schweine nicht fressen (die meisten unserer Leser können sich wahrscheinlich noch an den Versuch mit den Schweinen vor der Mensa erinnern), da gibt es Gemüse und Soßen, die in jeder Variation und Mischung des Abends zum zweitenmal serviert werden, und — da gibt es Preise, die es in sich haben.

Mancher würde wahrscheinlich diesen Fraß noch hinnehmen, wenn er wenigstens die Garantie hätte, daß sein tägliches Mahl nicht zu Magenverengung — wegen der Menge — und zu Mangelerscheinungen — aufgrund der Zusammensetzung des Essens — führen würde.

So haben sich in der letzten Zeit zwei Krankheiten bei Studenten eingestellt, die zum Großteil auf das Mensaessen zurückzuführen sind: 1. Magenverengung, die mit der Zeit zu Geschwüren führt, 2. Krankheiten, die weitgehend darauf zurückzuführen sind, daß dem Mensaessen die entsprechende Anzahl an Kalorien fehlt, ebenso an Vitaminen und Spurenelementen. Zahnfleischbluten usw. sind die ersten Anzeichen.

Wir fragen uns, wie sich diese Universität rühmen kann, eine der modernsten zu sein. Wer täglich hier frißt — essen kann man das ja schon nicht mehr nennen — muß sich fragen, wie lange er diesen Zynismus noch hinnehmen will.

(Fortsetzung auf Seite 2)

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Abt. X – Wer forscht für wen?

BSZ-Gespräch mit Herrn Dannhauer, Assistent der Abteilung Elektrotechnik

In einem Brief des Rektors an Studenten, die sich für die elektrotechnische Abteilung einschreiben wollen, heißt es, wegen der Überfüllung der Abteilung sei es nicht ratsam, dort zu studieren. Interessanterweise schreibt er (Biedenkopf), für das WS 1969/70 bestehe keine Zulassungsbeschränkung für E-Technik, sondern „nur" eine Arbeitsplatzbeschränkung. Der Senat hatte aber eine Zulassungsbeschränkung beschlossen. Wie sieht Ihrer Meinung nach nun die tatsächliche Situation in der Abteilung aus?

Die Gesamtplanung der Ruhr-Universität sieht für Elektrotechnik 200 Studienplätze vor. Es wäre nicht leicht, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen, weil für jeden Arbeitsplatz das nötige technische Instrumentarium zur Verfügung gestellt werden muß. Die Arbeitsplätze werden für Experimentalpraktika bei voller Belastung viermal in der Woche gebraucht. Meiner Meinung nach sind augenblicklich alle 200 Arbeitsplätze voll verfügbar, während die Fakultät hebauptet, sie reichten nur für 100 Studenten.

Welche Gründe gibt die Fakultät denn für ihre Einschätzung an?

In seinem Antrag auf Zulassungsbeschränkung behauptet der Dekan:

1. Es sei kein Personal für 200 Studenten vorhanden.
2. Einige Lehrstühle seien nicht besetzt, ebenso die Stellen für den Abteilungsvorsteher und für einige wissenschaftliche Räte.
3. Es bestehe akuter Raummangel.
4. Es bestehe nur für 100 Studenten die Möglichkeit an den Experimentalphysikpraktika teilzunehmen.

Alle vier Gründe sind nicht stichhaltig!

Zu 1: Die Fakultät hat sich nie ernsthaft um Personal bemüht. Es sind zu wenige Assistenten da, obwohl Prof. Kneller im Senat dem Strukturplan zugestimmt hat.

Zu 2. Die Fakultät hat sich zwar darum bemüht, die freistehenden Lehrstühle zu besetzen, aber nicht mit dem erforderlichen politischen Druck, obwohl man doch weiß, wie langwierig Berufungsverhandlungen sind. Zudem hat man bewußt gezögert, die Stelle des Abteilungsvorstehers und die Planstellen für wissenschaftliche Räte zu besetzen.

Zu 3: Die Fläche ist nachweislich ausreichend. Dazu braucht man nur die Arbeitsplätze nachzuzählen und mit anderen Hochschulen zu vergleichen.

Zu 4. Dieser Grund wird von der Fakultät selbst als nicht schwerwiegend erachtet. So hält die Abteilung Physik beispielsweise an einem sechsstündigen Praktikum der Experimentalphysik fest, obwohl im Studienplan dafür nur drei Stunden vorgesehen sind. Während der verfügbaren sechs Stunden könnte man also doppelt so vielen Studenten ein Praktikum bieten.

Während der Zeit, als die Studentenzahlen noch relativ niedrig waren, konnten sich die Ordinarien naturgemäß eher mit ihrer privaten Lieblingsforschung beschäftigen als heute. Kann man also sagen, daß eigentlich andere Gründe für die Haltung der Fakultät ausschlaggebend waren als die angegebenen?

In der Tat werden im Gespräch mit Professoren andere Gründe genannt. Hintenherum spricht sich etwa Professor Kneller für ein rigides Auswahlverfahren

(Fortsetzung auf Seite 2)

Studentenschaft -international

Frankreich

Am nationalen Moratoriums-Tag fanden in Paris mehrere Protestkundgebungen und -demonstrationen gegen die Nixon-Aggression statt. Im amerikanischen Kulturzentrum und vor der amerikanischen Botschaft versammelten sich über tausend amerikanische Studenten, um Protestresolutionen zu verabschieden und zu überreichen. Sie wurden dabei von französischen Kommilitonen unterstützt. Der französische Studentenbund UNEF hatte an der Censier-Fakultät eine Veranstaltung organisiert, bei der ein Film über den Krieg gezeigt wurde. Frau Dung, Mitglied der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, hielt eine Rede. Sie wies darin auf die breite anti-imperialistische Einheitsfront hin, die anläßlich des nationalen Moratoriums in den USA entstanden sei. Die Ehre Amerikas werde nicht durch einen Rückzug, sondern durch die Fortsetzung der barbarischen Aggression befleckt.

Japan

Mit einem Angriff auf das Hauptquartier der gegen die japanische Verfassung aufgebauten Armee leiteten die Studenten am 20. 10. eine neue Demonstrationswelle ein, deren Stoßrichtung die Anwesenheit amerikanischer Militärbasen sowie die Vietnampolitik der Regierung Sato ist.

Aufklärungskampagnen und Straßenschlachten fanden wegen der angekündigten Reise Satos in die USA statt, die die Studenten zu verhindern versucht hatten.

In ihren Dokumentationen wiesen die Studenten den Zusammenhang zwischen dem Aufbau der japanischen Armee und den Kriegsgewinnen der japanischen Wirtschaft aus dem Vietnamkrieg (jährlich über 2 Mrd. DM) nach: im Falle einer Beendigung des Krieges und der damit unvermeidlich werdenden Wirtschaftskrise braucht die japanische Bourgeoisie die Armee zur Niederhaltung der Arbeiterklasse.

USA

Am 15. Oktober, dem Tag des nationalen Moratoriums gegen die Aggression der USA gegen das Volk Vietnams (s. Berichte auf Seite 3) standen die amerikanischen Studenten in vorderster Front. Überall beteiligten sie sich an der Organisation der Massenproteste (Tragen schwarzer Armbänder, Fackelmärsche), die Universitäten und Colleges selbst wurden zu Hochburgen des Widerstandes. In den Campi wurden Friedhöfe simuliert (s. Foto S. 3). Darüber hinaus organisierten die Studenten von Massachusetts (Harvard, Cambridge) in den Arbeitervierteln von Boston Aufklärungskampagnen. Sie gingen von Tür zu Tür, verteilten Flugblätter, diskutierten mit den Familien, besonders den Frauen, über die Gefährdung ihrer Söhne in Vietnam und den verbrecherischen Charakter des Nixon-Krieges. Um sich nicht unnötig von den Massen zu isolieren, hatten sie die Kampagne sorgfältig vorbereitet: sie trugen keine exotische Hippie-Kleidung und hatten sich die Haare kurz geschnitten. Dieses Verfahren zeitigte unbestreitbare Erfolge: nur in ganz wenigen Fällen wurden die Studenten abgewiesen, in den meisten Fällen gelang es, die einfachen amerikanischen Familien, die sich bisher noch zum größten Teil abwartend verhalten hatten, von der Notwendigkeit eines sofortigen und totalen Rückzugs des Expeditionskorps zu überzeugen: der Protest ist eine unwiderstehliche Volksbewegung geworden.

Ihrer faktischen Avantgarde-Rolle gemäß, haben die fortschrittlichen amerikanischen Kommilitonen die Konsequenzen ihres Kampfes gegen Nixon gezogen: in einem groß aufgemachten Leitartikel des „Harvard Crimson" treten sie für eine vom FNL geführte Koalitionsregierung als einzige Lösung für Südvietnam ein.

BSZ-Gespräch

(Fortsetzung von Seite 1)

aus, das faktisch einem numerus clausus gleichkommt. Seiner Meinung nach stellt Bochum eine „einmalige Chance" dar, um „Besonderes" zu leisten. Deshalb wurden nur Bewerber zugelassen, die im Abiturzeugnis eine Durchschnittsnote von 3,0 erreichen. Diejenigen Bewerber, die so abgelehnt wurden, sollen angeblich die schlechteren sein, da sie keine Aussicht hätten, ihr Studium erfolgreich zu beenden. **Die Sinnlosigkeit dieses Verfahrens liegt auf der Hand.** Wer kann denn behaupten, daß derjenige, der ein „schlechter" Schüler war, auch ein „schlechter" Student werden muß? Die BAK hat sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß, alternativ gesehen, dann ein Losverfahren immerhin noch „objektiver" wäre, um die Absurdität jedes Auswahlverfahrens zu demonstrieren!

Der AStA hat wiederholt betont, daß allen Bewerbern, die abgelehnt werden, über die Rote Studienhilfe bzw. über die Republikanische Hilfe Rechtsschutz gewährt werden kann. Sind Ihnen Fälle in Ihrer Abteilung bekannt, wo Studenten gegen diese von kapitalistischen Interessen diktierten technokratischen Auswahlverfahren angehen?

Mir ist der Fall eines Bewerbers bekannt, der den Nachweis erbringen will, daß seine Schule im Durchschnitt um eine Note schlechter zensiert als die übrigen Schulen in dieser Gegend!

Werden von Professoren hinter dem Rücken der Studenten noch andere Gründe genannt?

Ja! Es existiert in einigen Kreisen die Vorstellung, man müsse hier in Bochum so etwas wie eine „Elite" heranzüchten. Das wird aber auch den angenommenen Bewerbern erklärt.

Ein anderes Argument bringt Professor Depenbrock vor: Wenn man keine Zulassungsbeschränkung hätte, wäre man wie an anderen Hochschulen „gezwungen", die schwächeren Studenten durch eine harte Vordiplomprüfung „herauszusieben". Weiter erläuterte Professor Depenbrock: **„Kein Industrieunternehmen beginnt mit voller Kapazität, weil sonst Fehler verheerende Folgen haben könnten!"**

Nun gibt es ja gerade in den technischen Wissenschaftsbereichen die Möglichkeit, sich bei privatkapitalistischen Konzernen, insbesondere solchen, die für die Rüstung arbeiten, mit lukrativen Forschungsaufträgen zu versorgen.

Wie sieht es damit in Ihrer Abteilung aus?

Ich weiß, worauf Sie hinauswollen!

1. Es gibt Professoren, die keine große Abteilung wünschen, weil sie, relativ ungestört vom normalen Lehrbetrieb, in der Forschung ihren Privathobbies nachgehen wollen. Das geschieht dann meist ungeplant und zudem noch unkoordiniert.

2. **Es gibt allgemein, ohne daß es an die Öffentlichkeit dringt, Professoren, die primär und vor allen Dingen für die Privatindustrie arbeiten.** Es wäre wünschenswert, wenn da noch genauere Untersuchungen angestellt würden! Als ein Beispiel kann ich Ihnen da den **Fall Laukien** nennen, ein Professor, der sich nahezu nie an der Universität aufhält! Ebenso wie ein Teil seiner Assistenten hat er sein ständiges Arbeitsgebiet bei der **Brucker-Physik in Karlsruhe** als „Berater".

Da sich gerade bei Karlsruhe ein Atomforschungszentrum befindet, wäre es interessant zu erfahren, womit sich die Brukker-Physik beschäftigt!

Die Brucker-Physik befaßt sich mit der Entwicklung von Forschungsmagneten, Netzgeräten zu deren Speisung, Elektronenresonanzspektrometern, Tieftemperaturspektrometern etc.

Arbeitet die Bruckner-Physik auch für die Bundeswehr...?

Fest steht, daß Laukien gereizt reagiert, wenn jemand etwas gegen die Bundeswehr sagt! Außerdem behauptet er, daß in den Werkstätten der Bundeswehr und der israelischen Armee (!) besonders hochqualifizierte Arbeit geleistet wird!

Woher weiß er das so genau?

Ich würde Ihnen raten, dieses Problem einmal zu untersuchen!

Welche Änderungsvorschläge würden Sie machen, um die besonders unhaltbaren Zustände in Ihrer Abteilung zu beseitigen?

Zunächst müßten die Lehrstuhlzahlen erhöht werden, um ein Studium in kleinen Gruppen, wie es heute sinnvollerweise sehr oft verlangt wird, zu gewährleisten. Nur so wäre es auch möglich, die Zahl der Assistenten zu erhöhen, die in unserer Abteilung schon jetzt mit 14 Stunden Lehre in der Woche belastet sind.

Da kommen Sie ja zu nichts mehr!

Es kommt noch schöner: Bereits im nächsten Winter werden es 26 Stunden pro Woche sein!

Was aber vor allen Dingen entlarvt werden muß, ist das von einigen Professoren propagierte Ideologem der „Sozialpartnerschaft" in unserer Abteilung. Gerade wenn man die soziale Situation der Assistenten in dieser Abteilung betrachtet, merkt man, daß damit und mit dem Elitegedanken nur die wissenschaftliche und arbeitstechnische Ausbeutung der Assistenten und Studenten kaschiert werden soll!

Vielen Dank! Wir stehen Ihnen auch weiterhin für Veröffentlichungen zur Verfügung!

DKP - Arbeiterpartei?

Die DKP hat Angst um ihr Image als Arbeiterpartei. So kandidieren in Bochum für die Kommunalwahl neben Friedensklärchen doch tatsächlich auch Arbeiter. Der bekannteste Arbeiter aber dürfte Herr N. sein. Bei seiner Vorstellung gab er als Beruf „Schlosser" an, was dann auch noch in der DKP-Presse veröffentlicht wurde.

Nun, wir glauben, Herr N. war durchaus einmal Schlosser. Fragt sich nur, wann. Seit langer, langer Zeit hat ihn jedenfalls in Bochum niemand mehr mit Schlosserhandwerkszeug hantieren sehen.

Wir hoffen nur, daß die anderen kandidierenden Arbeiter dies Spiel durchschauen und sich nicht länger als Renommierpferde vor den revisionistischen Karren spannen lassen.

Aber nicht nur in Bochum hat die DKP Angst um ihr Image. Als sich in Alsdorf bei Aachen (rheinisches Bergarbeitergebiet) einige DKP-Mitglieder zusammentaten, um eine **kommunistische** Betriebszeitung herauszugeben, hatte die DKP-Bezirksleitung nichts Eiligeres zu tun als diese einzustampfen und eine den revisionistischen Oberbossen genehme herauszugeben. Außerdem bekamen die DKP-Mitglieder Ausschlußverfahren angehängt.

Aber diese ließen sich nicht einschüchtern. Als auf der am 11. 10. stattfindenden Verhandlung der DKPist Thelen meinte: „Die DKP ist keine marxistisch-leninistische Partei!", verließ der gerade „Angeklagte" mit der Feststellung: „Nun, ich aber bin ein Marxist-Leninist!" die Verhandlung.

Mit ihm traten zwei andere Mitglieder der DKP zur KPD/ML über. Leider war dies ein schwerer Schlag für die DKP, denn alle drei (zwei von ihnen: 1. Vorsitzender der Ortsgruppe und 1. Schriftführer) waren Arbeiter.

Wo will die DKP nur in Zukunft die Arbeiter herbekommen, die sie ja nach der ADF-Niederlage braucht, wenn sie sie selbst feuert? ...

VÖLKERMORD IN BRASILIEN

„Aus verschiedenen Teilen Brasiliens sind verläßliche Nachrichten an die Öffentlichkeit gelangt, daß in großem Umfange an indianischen Gruppen schwere Verletzungen der Menschenrechte erfolgten ...

Auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde in Göttingen versammelte Ethnologen aus der BRD, der Schweiz und Österreich (nur die Studenten Österreichs) erklären:

Zu einer Ausrottung wehrloser Gruppen können wir nicht schweigen. Die rücksichtslose Durchsetzung von Interessen internationaler Bodenspekulanten und anderer Unternehmen ist weitgehend verantwortlich zu machen für die Ermordung und Verfolgung von Indianergruppen, die in Stammesverbänden leben ...

Jeder, der Kenntnis von diesen Untaten erlangt, ist aufgerufen, ungeachtet persönlicher Rücksichten, seine Informationen zur Verfügung zu stellen ...

Um den oben aufgestellten Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden wir die Regierungen derjenigen Länder, die der Völkermordskonvention beigetreten sind, ebenso wie den Generalsekretär der Vereinten Nationen informieren und ersuchen, geeignete Schritte in die Wege zu leiten."

Diese Hauptresolution wurde auf Initiative der Studenten durch eine Zusatzresolution ergänzt:

„Der Völkermord in Brasilien ist kein zufälliges Ereignis, bei dem die Mörder durch moralische Appelle wieder zur Vernunft gerufen werden können, sondern eine Folge der wirtschaftlichen Interessen des einheimischen und vor allem ausländischen Kapitals. Da die Indianer in einer klassenlosen Gesellschaft aufgewachsen sind, lassen sie sich nicht in ein auf Ausbeutung aufgebautes Gesellschaftssystem, wie den Kapitalismus, integrieren und müssen in den Urwald verdrängt oder ausgerottet werden. In Brasilien bleibt wegen der fortschreitenden kapitalistischen Erschließung des ganzen Landes, besonders durch ausländisches Kapital, nur noch die zweite Möglichkeit. Völkerkundler aller Länder haben nicht nur den systematischen Völkermord in Brasilien und anderen Ländern jahrelang verschwiegen, sondern haben auch durch die von ihnen publizierten ideologischen Theorien die Ausbeutung durch das Kapital, die dieses Genozid bewirkt hat, direkt oder indirekt gerechtfertigt. Nur der gemeinsame Kampf der brasilianischen Indianer zusammen mit den Arbeitern, den Bauern und der progressiven Intelligenz Brasiliens gegen das herrschende Wirtschaftssystem bietet die Möglichkeit zur Verhinderung des Genozids. Unsere ideelle und materielle Unterstützung muß dieser Befreiungsbewegung gelten."

Mensa-Frafs

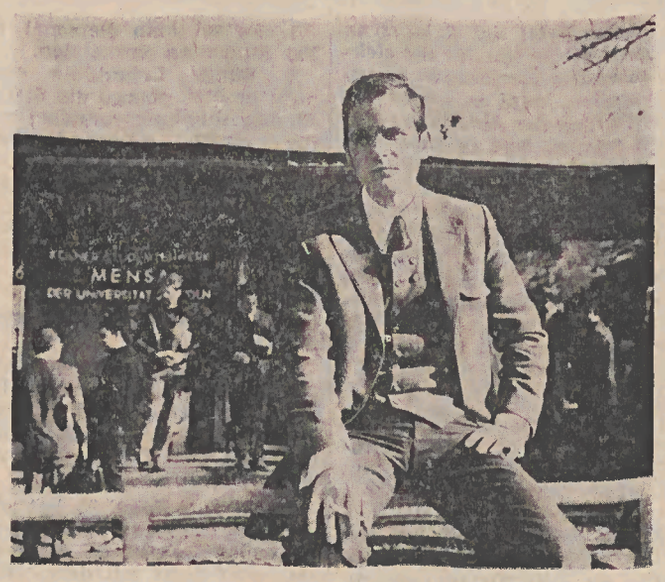
(Fortsetzung von Seite 1)

Denn es geht ja nicht nur um das Essen, sondern auch um das Schlangestehen, um die Hast beim Essen, und um die überanstrengten Mensafrauen.

Wer möchte von uns knapp zehn Stunden hinter der Essenausgabe stehen, dabei Aufpasserei von seiten der Vorgesetzten und das natürliche Verlangen der Studenten nach Essen hinnehmen, wenn der Lohn, den man dafür bekommt, sich wesentlich von dem unterscheidet, den die männlichen Angestellten in der Mensa für weniger schwere Arbeit bekommen. (Wer sich „gut" beträgt, der darf auch einmal im Haus der „Freunde" servieren, darf diesen akademischen Pinkeln dort das Essen reichen.)

Hinzukommt, daß einige Mensafrauen ungelernte Kräfte sind. Hier haben sie einen Arbeitsplatz, wer aber kann sagen, welchen Arbeitsplatz sie bekommen, wenn sie gefeuert werden.

Karl Marx
Das Kapital
Der Produktionsprozeß des Kapitals
Ungekürzter Text der 2., noch von Marx selbst bearbeiteten Auflage; die Ergänzungen der 3. und 4. Auflage von Friedrich Engels erscheinen als Fußnoten.
Eine preiswerte, wissenschaftlich exakte Arbeitsunterlage für Studium und Forschung. Das umfangreiche Geleitwort verfaßte
Karl Korsch
Mit Personen- und Sachregister, Übersetzung der fremdsprachigen Zitate, Fremdwörtererklärung und Literaturverzeichnis. 936 Seiten
DM 9.60
ein Ullstein Buch



Geschafft!

Das Studium liegt hinter ihm.

Morgen holt er die Exmatrikel. Dann beginnt der Existenzkampf. Einen zuverlässigen Partner hat er schon: die DKV.

Ja, Europas größte Privat-Krankenversicherung steht dem jungen Akademiker zur Seite. Im nahtlosen Anschluß an die Studentische Krankenversorgung. Ohne Wartezeiten. Dazu Privatpatient mit allen Annehmlichkeiten.

Conditio sine qua non: der nahtlose Anschluß ist termingebunden. Zwei Monate nach der Exmatrikulation muß er über die Bühne sein!

Wenn Sie schon während des Studiums besondere Krankenversicherungs-Wünsche haben - z.B. eine Krankenhaustagegeld-Versicherung - zitieren Sie bitte den DKV-Studentenberater. Bei der nächsten DKV-Filiale. (Im Telefonbuch leicht zu finden.)

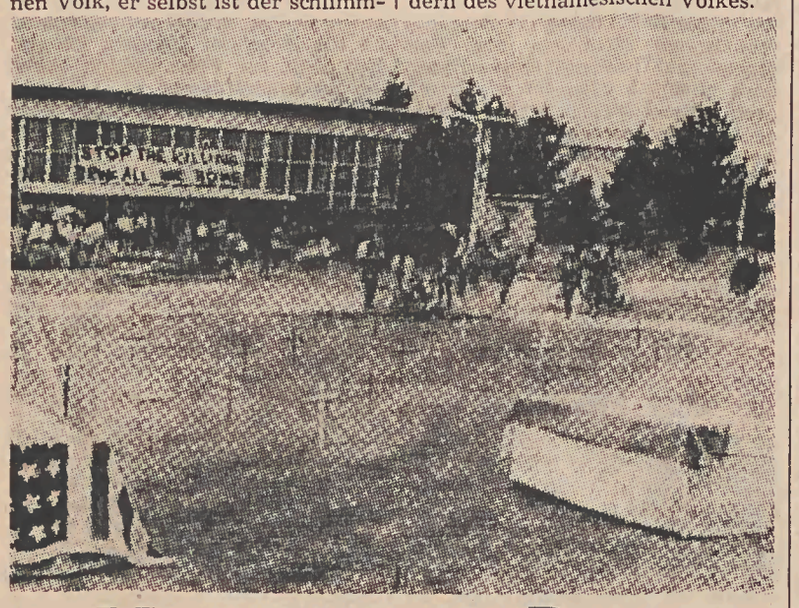
GUTE Besserung mit der DKV
DEUTSCHE KRANKENVERSICHERUNGS-A.-G.
Filialdirektion Bochum · Kortumstr. 66
Tel. 60546-48

Für mehr Wohnwärme zu sorgen -
ist nicht schwierig.
Ein molliger
Teppichboden oder Teppich
von Keil + Kath
schafft sofort
behagliche Atmosphäre.

EIN GUTER RAT:
TEPPICHE VON KEIL & KATH
BOCHUM, BONGARDSTR. 28, AN DER PAULUS-KIRCHE

HÄNDE WEG VON VIETNAM!

Um ein Mißverständnis von vornherein auszuschließen: der Kampf gegen Nixon und den US-Imperialismus bedeutet keinen „Antiamerikanismus". Spätestens seit dem nationalen Moratorium vom 15. Oktober 1969, an dem sich Millionen von Amerikanern in allen großen und kleinen Städten des Landes beteiligten, hat sich das andere, das bessere Amerika unüberhörbar zu Wort gemeldet: nein, nicht die Gegner Nixons sind antiamerikanisch — Nixon selbst steht immer eindeutiger in Opposition zu seinem eigenen Volk, er selbst ist der schlimmste „Antiamerikaner". Demgegenüber ist das amerikanische Volk zu bewundern: man muß sich das klar machen — trotz des jahrelangen Brain Washing durch eine chauvinistische und lügenhafte Propaganda, trotz der Aussicht, daß „diese Nation zum erstenmal einen Krieg verlieren würde", trotz der mächtigen Koalition von Monopolkreisen, Pentagonisten, CIA und Gewerkschaftsbossen sind immer mehr Amerikaner auf die Straße gegangen, trotzdem steht heute die Mehrheit des amerikanischen Volkes auf der Seite nicht Nixons, sondern des vietnamesischen Volkes.



Moratorium-Day

Was heißt „Moratorium"? Es heißt soviel wie „Ruhenlassen", d. h. Ruhenlassen aller Aktivitäten. Moratorium ist also ein anderer Ausdruck für Streik, für Generalstreik. Die Führer der Opposition wählten diesen Ausdruck, da die Parole „Generalstreik" zum jetzigen Zeitpunkt bei den Massen auf Unverständnis gestoßen wäre. Dieses Vorgehen erwies sich als taktisch klug, da es auf diese Weise gelang, einen **De-facto-Generalstreik** gegen Nixon zu organisieren. So beschreibt das die FAZ: „Der Optiker hatte geschlossen und selbst der Friseur. Am Kleiderladen hing ein Schild „Wir können heute nicht offen sein wie sonst, während das Massaker in Vietnam weitergeht", und nur der Schuster, ein Italiener, hatte als einziger im Block den Laden offen. Kundschaft war auch kaum zu sehen." Das war in New York, das seine alte linke Tradition der Zwanziger und Dreißiger Jahre wiederentdeckt hatte. Hier schloß sich sogar der Bürgermeister Lindsay an und proklamierte den Volkstrauertag. Weitere Zentren der Bewegung waren Washington, Boston, Baltimore, Detroit und Los Angeles. In Boston schloß sich Edward Kennedy an und forderte den sofortigen und totalen Rückzug.

Nixon tat zwar so, als gehe ihn das alles nichts an, und verbrachte einen sogenannten „Arbeitstag" im Weißen Haus. Dennoch hatte er 20 000 Mann Truppen zu seinem Schutz um Washington zusammenziehen lassen. Tatsächlich mußte die Polizei eingreifen, als radikale Demonstranten mit Fahnen des FNL in den Garten des Weißen Hauses einzudringen suchten.

Aber gefährlicher noch mußte Nixon die Solidarisierung von Kräften erscheinen, bei denen das noch vor einem Jahr undenkbar gewesen wäre: so schlossen sich sechs Mitglieder der berühmten Rand Corporation dem Protest an und erklärten sich gegen Nixons Unterstützung der Marionettenregierung Thieu. Mit Recht schrieb die „Herald Tribune": „Das Vietnam-Moratorium war die größte, auf breitester Basis stattfindende Demonstration gegen eine Regierungspolitik, die die USA je gesehen haben." Sogar in Vietnam selbst (zumindest in Saigon und Da Nang) beteiligten sich GIs an den Protesten.

Das Moratorium war die verdiente Quittung für Nixons lügenhafte und heuchlerische Politik. Er hatte baldigen Frieden versprochen. Alle Welt weiß jedoch, daß es sich in Vietnam im Kern um einen revolutionären Volkskrieg handelt, der innenpolitisch praktisch entschieden gewesen war, bevor die Amerikaner kamen (sonst hätten sie ja nicht zu kommen brauchen). Das bedeutet, daß das Volk von Südvietnam der Feudalclique überall das Land weggenommen hatte. Diese Grundbesitzer sind von der „Regierung" Thieu vertreten, und sonst niemand, das geben auch amerikanische Beobachter zu. Beendigung des Krieges ist daher nur als Anerkennung der Revolution möglich, die Bauern wollen und werden sich das Land nie wieder abnehmen lassen.

Was konnte also Nixons Unterstützung der Regierung Thieu bedeuten? Nichts anderes, als daß er den Krieg im Ernst gar nicht zu beenden dachte. Und so war es denn auch: er zog zweimal je 6 000 von 530 000 Soldaten ab! Das wurde in unserer Presse in einer Weise gemeldet, als sei jetzt der Krieg zuende und man brauche nicht mehr über Vietnam zu reden. Die Wirklichkeit sieht leider blutig anders aus: während Nixon schleimig von Frieden redete, schütteten seine B-52-Bomber allein im September 1969 (ja, 1969) 25 000 Tonnen Bomben über nur drei Provinzen Südvietnams ab. Wir protestieren zu Recht gegen die sozialimperialistische Aggression der Sowjetunion in der CSSR — aber stellen wir uns einmal vor, dort würden in einem Monat in drei Provinzen 25 000 Tonnen Bomben abgeworfen und Breschnev redete von Frieden! Ein solcher Breschnev **ist** Nixon. Das vietnamesische und amerikanische Volk hassen ihn zu Recht. Aber er kann geschlagen werden, weil er (wegen seiner Finanz- und Dollarprobleme) schwach ist. Deshalb: keine Atempause für den Kriegsverbrecher Nr. 1 Richard Nixon, keine Rücksichtnahme auf sein Friedensgerede. Unterstützen wir das vietnamesische und das amerikanische Volk, arbeiten wir für die Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams!

Nixons Ehre

Nixon und Konsorten berufen sich bei ihrem wütenden Kampf gegen das bessere Amerika von früh bis spät auf den Begriff der „amerikanischen Ehre". Was „deutsche Ehre" war, haben wir tausend Jahre lang gesehen; daß „amerikanische Ehre" dem gar nicht so unähnlich ist, muß heute klar gesagt werden.

Da ist zum Beispiel der Fall Wooldridge: dieser Offizier bekam für „hervorragende Verdienste" die Distinguished Service Medal, und zwar eigenhändig von dem damaligen Oberbefehlshaber der Armee, General Johnson. Dieser sehr verdiente Offizier war im Jahre 1967 in Augsburg stationiert; dort organisierte er in seiner ausgezeichneten Truppe eine Gangster-Bande, die systematisch Spielautomaten der Armee knackte und ausraubte. Gewinn allein in Augsburg: 350 000 Dollars, die die Bande auf Schweizer Konten deponierte. Sie ließ sich dann nach Vietnam versetzen (Tapferkeit! Ehre!): dort raubte man die Offiziersmesse und die Klubs der 1. Infanteriedivision aus. Außerdem brachte die Bande des besonders ehrenhaften Offiziers Wooldridge in Vietnam das gesamte Show-Geschäft in ihre schmutzigen Hände. Dieses Kriegs-Show-Geschäft, bereits an sich eine der übelsten Erscheinungen dieses üblen Krieges, brachten sie mittels Korruption zu neuer Blüte. Der Unterausschuß des Senats, der den Fall gegenwärtig prüft, stößt an eine Mauer des Schweigens: zwar ist es mehr als unwahrscheinlich, daß diese wohlorganisierte Maffia in der Truppe jahrelang ohne Deckung höchster Stellen arbeiten konnte, aber den General Johnson und den General Turner, beide höchst, höchst ehrenhaft, die kann man ja schließlich nicht verdächtigen. Zwar geht das Gerücht, Turner habe Armeewaffen in riesigen Mengen unter den Nagel gerissen, um sie privat zu verschachern (jeder zweite Amerikaner ist gegen den „schwarzen Mob" mit zum Teil schweren Waffen ausgerüstet), aber Turner selbst behauptet, die Waffen seien für ein — Armeemuseum bestimmt gewesen.

Da ist zum Beispiel auch der Fall „Rheault" und seiner äußerst tapferen, äußerst ehrenhaften „Green Berets": sie sind äußerst verdächtig, den vietnamesischen Dolmetscher Thai Khac Chuyen am 20. Juni 1969 auf eigene (oder wessen?) Faust umgebracht und die Leiche im Meer versenkt zu haben. Daß der CIA seine Hand im Spiel hatte, ist sicher: es heißt, Chuyen sei ein Agent des FNL gewesen. Das ist möglich: es ist eine Tatsache, daß fast alle Vietnamesen, auch die meisten in amerikanischem Dienst, mit dem FNL sympathisieren — wer wollte es ihnen verübeln? Für die ehrenhaften Amerikaner heißt das, daß man ohne Urteil, einfach auf Verdacht hin, so einen „dreckigen Viet" umlegen kann — es ist ja schließlich ein Gelber, die Gelben haben keine Kultur. Kräfte in der Vietnam-Armee, die um die Moral der Truppe besorgt waren, wenn solche Methoden um sich griffen, versuchten, auf Forderung der Witwe Chuyens einen Prozeß zu erreichen, in dem der Mord geklärt werden sollte. Als die Witwe drohte, sich selbst zu verbrennen, redete General Abrams schnell von einem „fairen Verfahren". Die Green Berets wurden in Haft genommen — allerdings nicht lange, denn bald darauf platzte der ganze „Prozeß", noch ehe er begonnen hatte: der CIA boykottierte das Unternehmen. Nixons Sprecher Ron Ziegler mußte zugeben, daß der ehrenhafte Präsident selbst den Prozeß verhindert habe, damit nicht ehrenhafte Fakten des ehrenhaften CIA enthüllt würden. Blieb das Problem der Witwe: die USA lösten es auf ihre höchst ehrenwerte Weise: sie kauften sie (6 000 Dollar Entschädigung).

Aber wen hält Nixon für unehrenhaft? Die GIs von Da Nang, die am 15. Oktober schwarze Armbänder auf Patrouille trugen, um gegen den Nixon-Krieg zu protestieren.

FNL siegt!

Die große Têt-Offensive des FNL vom Frühjahr 1968 entsprach einem sorgfältig vorbereiteten strategischen Plan, bei dem die Methode des Fallen-Stellens in großem Maßstab angewandt wurde. Das Ziel war die endgültige Befreiung der gesamten Landgebiete. Dazu lockte der FNL die Amerikaner zunächst tief ins Land hinein und fixierte sie in Dschungelfestungen am 17. Breitengrad und an der kambodschanischen Grenze. Er schien zurückzuweichen. Westmoreland redete von „Endsieg". Er wurde so leichtsinnig, daß er seine Basen in den großen Küstenstädten weitgehend vernachlässigte.

Derweil hatte der FNL in den Städten gute politische Arbeit geleistet: die Studenten (s. Buch von Alsheimer) und die Angehörigen der nationalen Bourgeoisie, die unter den ständigen Übergriffen der Amis auf ihre Frauen und ihre Habe leiden sowie durch die galoppierende Kriegsinflation ruiniert werden, gingen als letzte Klasse von einiger Bedeutung auf die Seite der Revolution über. Auch in den Städten wurden Guerilla-Truppen gebildet, die Dienststellen der Amerikaner und der Marionetten weitgehend unterwandert. Im Frühjahr '68 schlug der FNL an den Plätzen, wo Westmoreland sich am sichersten fühlte, los: FNL-Kommandos in der US-Botschaft von Saigon, FNL-Flaggen auf der Burg von Hué! In panikartiger Angst zog Westmoreland, bevor er abgesetzt wurde, seine Truppen aus dem Landesinneren zurück zum Schutz der Küstenstädte. Dort wurden in aller Eile sogenannte „Verteidigungsringe" gebildet — was nichts anderes als das Eingeständnis bedeutete, daß man von nun an in den Küstenstädten belagert war. Natürlich wurden die befreiten Landgebiete weiter massiv bombardiert, etwas anderes wußte man nicht mehr. Der FNL konnte nun daran gehen, die revolutionäre Volksmacht in den Landgebieten endgültig zu konsolidieren.

In fast allen Provinzen wurden Revolutionäre Volkskomitees gebildet (s. Karte). Diese Komitees gingen aus den „Selbstverwaltungskomitees des Volkes" hervor, mittels derer die Bauern zuvor die den Grundbesitzern weggenommenen Ländereien verwaltet hatten. Die Komitees hatten und haben darüber hinaus weitere Aufgaben: Organisation der örtlichen Guerilla-Einheiten, revolutionäre Justiz gegen die Kollaborateure und sogenannten „Pazifizierungsteams" (d. h. faschistische Tortur-Kommandos) usw...

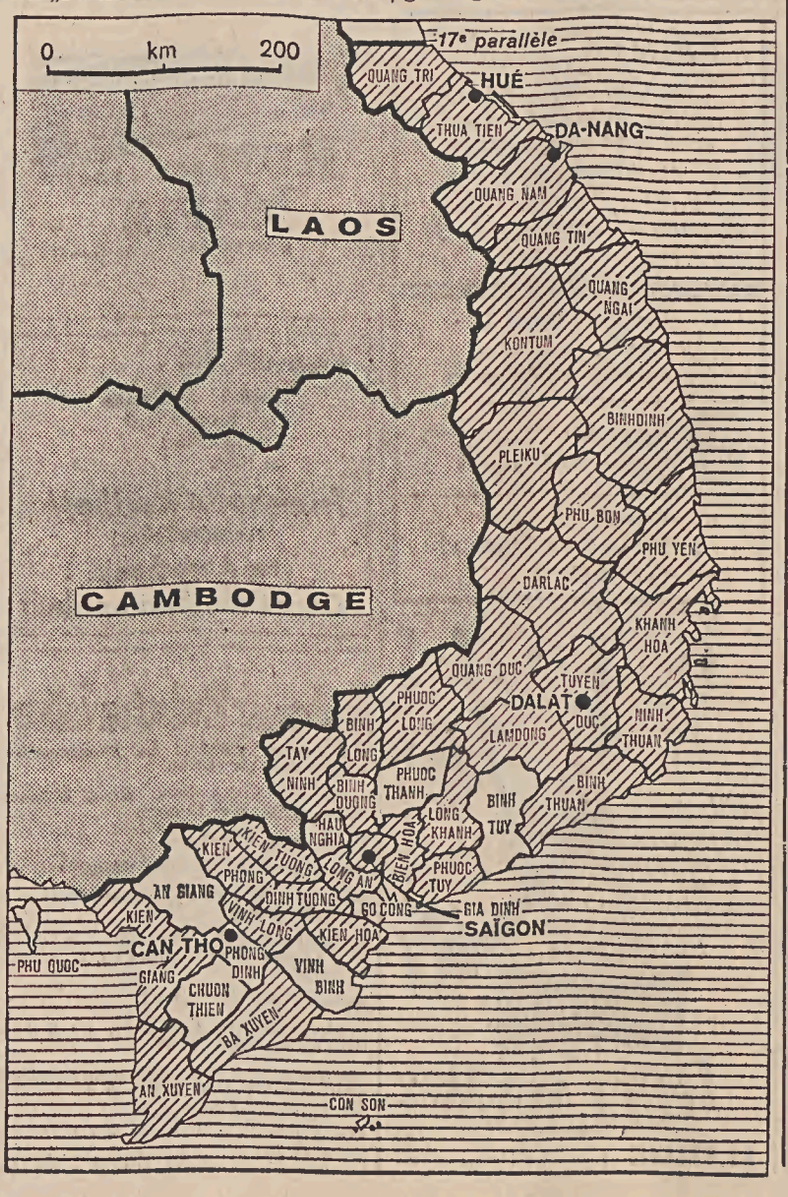
Im Frühsommer 1969 waren in den meisten Gebieten Südvietnams die Revolutionären Volkskomitees die eigentliche Exekutive. Sie bildeten daraufhin die Provisorische Revolutionsregierung, mit der auch die Amerikaner in Paris verhandeln müssen, wenn sie sich auch immer wieder daran vorbeimogeln möchten.

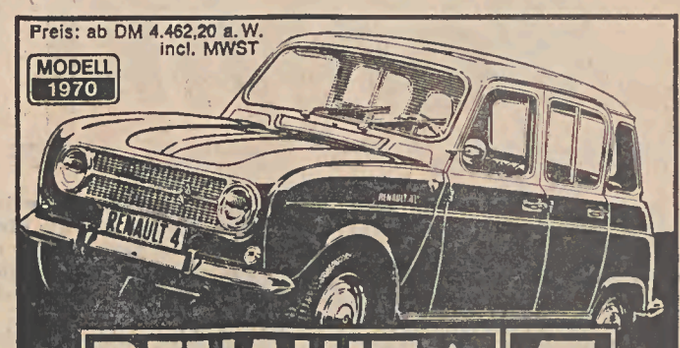
Augenblicklich arbeitet der FNL daran, auch in den Städten die letzten, aber wirklich die letzten Vietnamesen, die ihm noch mißtrauisch gegenüber stehen, für eine Einheitsfront zu gewinnen. Diese Einheitsfront könnte dann eine Koalitionsregierung bilden. Wie die Entwicklung geht, zeigen sehr deutlich manche Fakten, die natürlich nicht gerade in der westdeutschen Hetz-Presse (das ist sie im Falle Vietnam ganz objektiv) gesucht werden dürfen: am 17. Juli dieses Jahres ging die Polizei gegen die Studenten von Saigon vor. Die Studenten, die sehr weit rechts stehen, hatten sich dennoch geweigert, sich zu „Milizen" für die Marionetten ausbilden zu lassen. Am 1. Juli verbrannte sich ein Offizier der südvietnamesischen Marinefüsiliere in Saigon, um gegen die amerikanische Aggression zu protestieren.

Am 19. Juli veröffentlichte D. L. Tran, ehemaliger Oberstlieutenant der südvietnamesischen Armee, in der Zeitung „Le Monde" einen Artikel unter dem Titel „Dôc-Lâp" (Unabhängigkeit), in dem er vorbehaltlos die Bildung der Provisorischen Revolutionsregierung begrüßte und alle Vietnamesen aufforderte, sich hinter sie zu stellen.

Thieu repräsentiert nichts mehr — es sei denn einige Konten in der Schweiz, die durch Korruption angeschwollen sind. Das vietnamesische Volk will keine „Regierung" Thieu, die es auspowert und foltert, es will keine amerikanische „Hilfe".

Für uns ist die Stimme des vietnamesischen Volkes wichtiger als die Stimme Nixons oder eines Adalbert Weinstein. Zwingen wir die Regierung Brandt zur Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams!





RENAULT 4

Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage.

Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km.

C. M. SCHÖTTELDREIER
4630 BOCHUM
Herner Straße 107 · Telefon 1 43 36

In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

Contacta Institut
Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

wywiss
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19

IMMER wenn's um Geld geht...
SPARKASSE
In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

Nicht nur für Männer!

Für alle Kenner
FIEGE PILS
BRAUEREI MORITZ FIEGE BOCHUM SEIT 1878

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG
Zweigstelle Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70
Tel.: 511315
Zweigstelle Bochum-Querenburg
Overbergstr. 7
Tel.: 511012
Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum
Huestraße 21-25

SOZIAL-REPORT

Dem Studienanfänger wurde noch bis vor 2 Jahren überall eingeredet, Studienzeit sei die Zeit, in der man die größte Freiheit genieße. Was man in der Schule noch nicht dürfe und im Beruf nicht mehr dürfe, das ermögliche einem die Studienzeit: freie Wahl der Lehrveranstaltungen, keine Pflichtteilnahme, lange Ferien, Schwänzen; man habe also sozusagen Narrenfreiheit, müsse nur seine (minimale) Pflicht tun, fleißig Scheine erwerben und sich pünktlich zum Examen melden.

Diese Idyllle ist spätestens seit Beginn der Studentenbewegung zerstört, und nun meinen viele, die Studenten hätten zu viel Zeit, mit der sie nichts anzufangen wüßten, und gingen deshalb auf die Straße; da sie damit nur Steuergelder mißbrauchten, seien sie nichts anderes als Schmarotzer dieser Gesellschaft.

Dieses hier grob gezeichnete Bild, welches uns in vielen Variationen täglich in der Presse begegnet, ist geeignet, die tatsächliche soziale Lage der Studenten vor der übrigen Bevölkerung, ja vor den Betroffenen selbst zu verschleiern. Es suggeriert, Freiheit sei schon gegeben, wenn man einmal eine Vorlesung ausfallen lassen kann.

Wie aber sieht die Wirklichkeit aus?

I. Was erwartet den Studienanfänger?

Gelegentliche Berufsberatung in der Schule hat ihm in den meisten Fällen nur beigebracht, daß er die und die Fächer studieren kann. Schon von Beginn an ungewiß, ob seine Studienfachwahl auch die richtige ist, wird er beim Eintritt in die Uni in seiner Unsicherheit noch bestärkt: Er findet ein meist wild durcheinandergewürfeltes und zusammenhangloses Vorlesungsangebot vor, in dem er sich nun zurechtfinden soll.

Zusätzlich hat er die Anforderungen der Prüfungsordnung vor Augen, die ihn stets mahnen: du darfst nichts versäumen, du mußt am Ball bleiben, du mußt, du mußt, du mußt...

Sein anfänglicher Lerneifer wird — soweit nicht bereits in der Schule oder erst recht bei der Bundeswehr erstickt — schon in den ersten Wochen des Semesters auf harte Proben gestellt, wenn er merkt, daß ja noch nichts los ist. Auf sich allein zurückgeworfen, ist er von den gleichzeitig an ihn herantretenden diffusen Leistungsansprüchen derart überfordert, daß er nicht weiß, was jetzt vorrangig zu tun ist.

Folge dieser Desorientiertheit besonders in den sog. Geisteswissenschaften ist, daß er in Lethargie versackt, aus der ihn kein noch so gewichtig sich gebärdendes Schulungsprogramm aufzuscheuchen vermag. Zugleich damit beginnt sein schlechtes Gewissen über die eigene Untätigkeit sich zu regen, wodurch seine Lähmung nur noch gesteigert wird.

Aus solchem Dilemma soll nun die Studienberatung heraushelfen: Bereitwillig folgt der Studienanfänger den Empfehlungen der Studienberatung, läßt sich 20, 25 oder 30 Wochenstunden aufquatschen und weiß jetzt endlich, daß er brav und emsig arbeiten kann.

Nicht gesagt wird ihm von der Studienberatung, daß man in Vorlesungen praktisch gar nichts lernen kann, daß der Professor dort kaum mehr als seine Privatmeinung anbietet, daß die Prüfungen überhaupt keine objektive Leistungskontrolle sind.

In den Vorlesungen selbst verstärkt sich dieser Eindruck: der Dozent referiert eine unzumutbare Menge meist unverbundener Fakten, überschüttet den Hörer mit Literatur (deren Anschaffungspreise zudem ziemlich hoch sind). Die ersten 3 oder 4 Stunden verbraucht man noch viel Papier mit fleißigem Mitschreiben, dann ist man es leid, weiß nicht mehr, was das alles überhaupt soll. Man verliert allmählich das Interesse an der Materie, hat aber gleichzeitig Angst, den Anschluß nicht halten zu können und die Prüfungen nicht zu schaffen. Dieser Konflikt wird von den Einzelnen unterschiedlich gelöst:

Die einen büffeln in ihrem Kämmerlein die für sie erreichbaren Bücher durch, ohne nach dem Warum und Wozu zu fragen, unterwerfen sich ohne Widerstand dem Prüfungsdruck und kompensieren ihre Frustration in kindischer Freude über die vom Dozenten gewährte Belohnung in Form von Lobsprüchen und guten Zensuren für ihr blindes Auswendiglernen.

Andere wiederum, deren Selbstbewußtsein sich gegen die totale Anpassung und ihre Gegebenheiten sträubt, können sich ihres Ohnmachtsgefühls nicht erwehren, werden neurotisch usw.

Abbruch-Quoten

Diese Vorgänge bedürften genauerer Analyse, die aber den Rahmen des hier zu Schildernden sprengen würde. Die Folgen sprechen jedenfalls für sich:

a) hohe Abbruchquoten:

Medizin und Jura	25 %;
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	30 %;
Philologie	über 50 %;
Naturwissenschaften (scharfe Zwischenprüfung als verkappter Numerus clausus).	?

Dem entsprechen

b) psychische Konflikte:

vom Studium enttäuscht	67 %;
durch seelische Schwierigkeiten im Arbeitsvermögen gestört	52 %;
niedergeschlagen, nervös etc.	36 %.

Die Quote der Studenten mit sexuellen Schwierigkeiten ist abnorm hoch (im Vergleich zur Gesamtbevölkerung), Impotenz, Frigidität und Kontaktarmut sind weit verbreitet. **Die Selbstmordziffer ist wesentlich höher als in allen anderen vergleichbaren Bevölkerungsgruppen: Der Prozentsatz ist elfmal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.**

Dieses Material weist eindeutig auf den inhumanen Charakter der Studiensituation an unseren Universitäten hin. Obwohl zahlreiche Untersuchungen anhand der Folgen den Terrorismus der Prüfungen nachgewiesen haben, wird an ihnen festgehalten, ja, sie werden durch das neue Hochschulgesetz noch verschärft.

Die (eingeübte) Schizophrenie von Professoren ist dabei beispiellos. So gibt ein Bochumer Sozialpsychologe in einer Übung zu, daß eine Klausur oder Prüfung wegen der damit verbundenen Ängste der Studenten keine objektive Kontrolle der Fähigkeiten zulasse. Dennoch hält er daran fest, am Ende der Übung eine Klausur schreiben zu lassen, da man ja einen Schein erwerben müsse.

Deutlich wird an diesem Beispiel, wozu Prüfungen wirklich dienen: Sie sind ein Instrument, mit dessen Hilfe kritische Reflexion über Inhalte und Methoden des Dargebotenen verhindert und statt dessen der einzelne botmäßig gehalten und an die hierzulande herrschenden Verhältnisse angepaßt werden soll. Und wo gehobelt wird, da fallen eben Späne.

II. Wohnungssituation

Die allgemeine Unsicherheit des Studienanfängers wird verschärft durch die Wohnungssituation. An der RUB ist sie besonders schlimm: 60 Prozent fahren täglich bis zu 80 km (eine Fahrt) vom Elternhaus zur Uni. Das bedeutet, daß sie jeden Abend aus dem studentischen Milieu herausgerissen werden. Für sie ist die Uni eine reine Wissensfabrik, in der tagsüber gearbeitet wird; abends ist der Kontakt zu anderen Studenten erschwert. Statt dessen wird die Abhängigkeit vom Elternhaus extrem verlängert. Aber auch die am Ort und nicht im Elternhaus wohnenden Studenten sind schlecht dran. Wie hoch die Zahl der abends isoliert in ihren Buden hockenden Studenten ist, läßt sich nicht genau sagen.

Neben den hohen Mieten ist auch die Abhängigkeit von den Vermietern total. Rausschmisse bei Damen- oder Herrenbesuchen sind immer noch an der Tagesordnung. In den Wohnheimen ist es nicht viel besser: Hier sorgen Heimordnung und Gemeinschaftsideologie dafür, daß der einzelne in Abhängigkeit gehalten wird. Darüber täuscht auch nicht die meist liberale Handhabung der Heimordnungen hinweg, die mit großzügigem „Augenzudrücken" den Druck zu schwächen scheint. Die studentische Heimselbstverwaltung entpuppt sich bei Kontroversen mit der Heimleitung in der Regel als demokratisches Sandkastenspiel, ähnlich wie in den Schulen die SMV.

Mit allen Mitteln wird versucht, den akademischen Standesdünkel aufrechtzuerhalten: Die Studenten sollen sich von anderen Bevölkerungsgruppen fernhalten. Zur Einschätzung der Lage gehe man nur in die Hustadt.

Verschärfend tritt hinzu die hohe Miete in den Studentenwohnheimen: 95 DM sind 30 Prozent des Honnefsatzes (z. Z. noch 320 DM — für 1970 ist eine Erhöhung auf 350 DM in Aussicht gestellt). Das Wohngeldgesetz schließt zudem Wohngeld für Studenten mit wenigen Ausnahmen aus (vgl. BSZ Nr. 45).

III. Finanzlage der Studenten

Trotz zahlreichen Vorschlägen seitens der Studenten hält der Bund (für Honnef zeichnet das Bundesinnenministerium verantwortlich) weiterhin an einer familienorientierten Ausbildungsförderung fest. Die Abhängigkeit der Studenten von ihren Eltern wird auf diese Weise verlängert, die Studenten bleiben auf die Gnade ihrer Eltern angewiesen.

Teilweise um sich davon zu befreien, teilweise, weil die Eltern nicht zahlungswillig oder -fähig sind, ist ein erheblicher Teil der Studenten (schätzungsweise 20 — 25 Prozent) auf Ferienarbeit angewiesen. In einigen Abteilungen (etwa bei Naturwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften) sind die Ferien — besser: vorlesungsfreie Zeit — derart vollgestopft mit propädeutischen Kursen und Praktika, daß zum Gelderwerb keine Zeit mehr übrigbleibt. Aber auch in den anderen Abteilungen haben diejenigen Studenten, die die Ferien über arbeiten müssen, erhebliche Nachteile gegenüber den anderen in Kauf zu nehmen.

Die Studenten, die auf Honnef angewiesen sind, sind den anderen gegenüber benachteiligt, weil sie spezielle Prüfungen ablegen müssen, die sie in aller Regel von ihrem Studium nur abhalten. Auch entspricht der Förderungshöchstsatz von 320 DM längst nicht mehr den gestiegenen Lebenshaltungskosten von ca. 400 DM, ganz abgesehen von der zusätzlichen Unsicherheit, in die Studenten geraten, die sich nicht systemkonform im Sinne der herrschenden Klasse verhalten (ministerielle Androhung von Stipendienentzug für politisch unliebsame Studenten).

Mehrere Institutionen an der Uni bemühen sich nun um die sozialen Belange der Studenten (Akafö, Studentenwerk, Studienbüro) und unterhalten Mensa, Krankenversicherung und eine psychotherapeutische Beratungsstelle. Bei letzterer wird den wenigen Studenten, die sich dorthin trauen, individuelle Hilfe angeboten. Man hat zwar erkannt, daß angesichts der unzureichenden sozialen Lage der Studenten etwas geschehen muß. Doch setzt man genau am falschen Ende an: die Studenten sollen durch die Therapie wieder lern- und anpassungsfähig an die inhumanen Studienverhältnisse gemacht werden (vgl. dazu auch den Bericht des neuen Rektors Faillard).

Die psychischen Schwierigkeiten werden dabei nicht als Symptom für die miesen Studienverhältnisse behandelt, gegen die man sich nur auflehnen kann, sondern in diesen Institutionen werden die Studenten, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, als dysfunktionale Wesen behandelt — ähnlich wie defekte Rädchen einer Maschine, die es zu reparieren gilt —, während die Ursachen der psychischen Erkrankungen (Lernunfähigkeit, Selbstbetäubungssucht usw.) wie die hierarchische Universitätsstruktur, die triste Betonbauweise, die überholten oder Sinnloses verlangenden Studienordnungen u. a. m. unangetastet bleiben.

Mittel für eine soziologische Auswertung des bei der Studienberatung angehäuften Materials wurden dem Studienbüro verweigert, denn eine derartige Auswertung würde erweisen, daß die individuellen Schwierigkeiten der Studenten in der Regel durch die Studienverhältnisse verursacht sind. Von Staats- und Universitätsverwaltung wird hingegen alles getan, um die psychischen Schwierigkeiten der Studenten wie Lernhemmungen, Prüfungsangst, sexuelle Beklemmungen als individuelle Krankheits-Symptome, denen man auf dem Wege einer psychotherapeutischen Behandlung beikommen kann, in Erscheinung treten zu lassen, deren tatsächlichen politischen Charakter aber konsequent zu leugnen.

Neues aus der Hustadt

In der Hustadt läßt sich gut leben. Nur — Akademiker muß man sein. So ereignete sich vor einiger Zeit folgendes: Die Gattin eines Akademikers (Frau Doktor) wusch täglich die Windeln ihres Kleinkindes. Den Schlüssel für die Waschmaschine vergaß sie aber wohlweislich an

das Brett zu hängen. Nun, wer waschen wollte, konnte sehen, wie er an die Maschine kommen konnte: Bittgänge zur Frau Doktor waren an der Tagesordnung.

Eines Tages platzte einer Frau der Kragen. Sie konnte schon wieder nicht an die Maschine. Doch Frau Doktor stritt ab, den Schlüssel zu haben. Er mußte also verschwunden sein.

Aber weit gefehlt. Wenig später schlich Herr Doktor, Akademiker von Beruf, klammheimlich in den Keller und holte verstohlen den Schlüssel aus der Hosentasche.

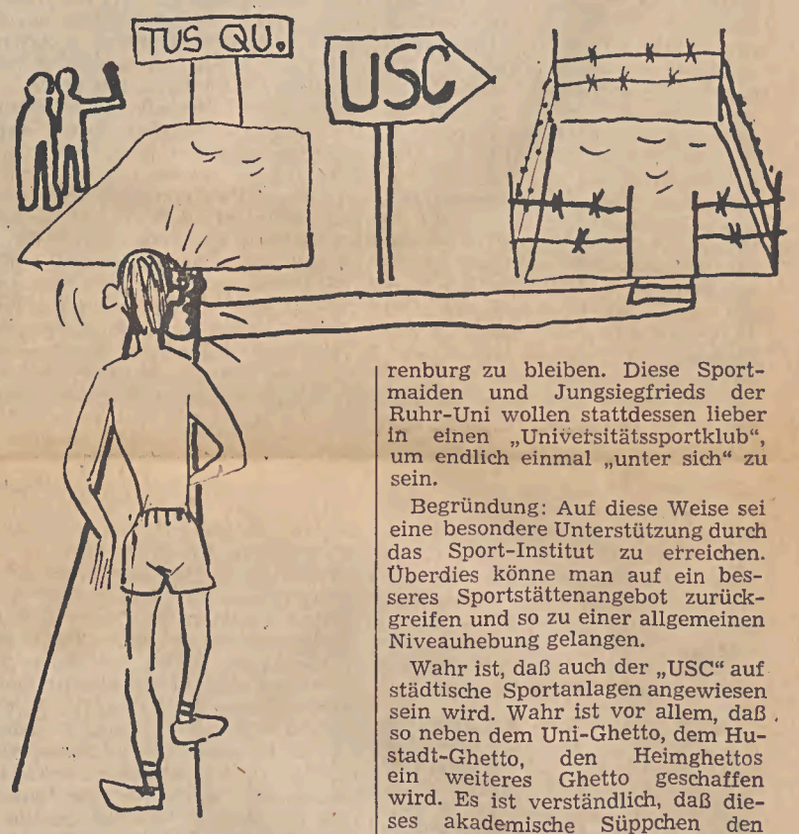
Da hing er also wieder!

Doch leider hatte dies diejenige gesehen, die sich soeben noch beschwert hatte. „Sie haben also doch den Schlüssel gehabt! Warum lügt denn Ihre Frau, Herr A.?!"

Herr Doktor antwortete entrüstet, daß er den Schlüssel nicht hingehängt habe, und : „Für Sie bin ich immer noch Doktor A!"

Sprachs und ging erhobenen Hauptes davon...

Wie Akademiker den TuS Querenburg austrixten



Es riecht wieder verdammt nach akademischem Standesdünkel: Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des TuS Querenburg erklärte sich der Großteil der überwiegend studentischen Mitglieder außerstande, weiter im TuS Querenburg zu bleiben. Diese Sportmaiden und Jungsiegfrieds der Ruhr-Uni wollen stattdessen lieber in einen „Universitätssportklub", um endlich einmal „unter sich" zu sein.

Begründung: Auf diese Weise sei eine besondere Unterstützung durch das Sport-Institut zu erreichen. Überdies könne man auf ein besseres Sportstättenangebot zurückgreifen und so zu einer allgemeinen Niveauhebung gelangen.

Wahr ist, daß auch der „USC" auf städtische Sportanlagen angewiesen sein wird. Wahr ist vor allem, daß so neben dem Uni-Ghetto, dem Hustadt-Ghetto, den Heimghettos ein weiteres Ghetto geschaffen wird. Es ist verständlich, daß dieses akademische Süppchen den Querenburger Sportanhängern nicht schmeckt.

Die BSZ wünscht der verbliebenen Fußballabteilung des TuS Querenburg und ihrem neuen Trainer Eversberg auch weiterhin viel Erfolg!

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

Spielplan für die Zeit vom 23. Oktober bis 9. November 1969
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN!

SCHAUSPIELHAUS			KAMMERSPIELE	
20.00	2. HAUPTKONZERT	Do. 23. 10.		Keine Vorstellung
20.00	2. HAUPTKONZERT Wiederholung	Fr. 24. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Sa. 25. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Sa. 25. 10.		Keine Vorstellung
20.00	MY FAIR LADY von Lerner/Loewe (G)	So. 26. 10.	20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES / von Brecht
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Mo. 27. 10.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER / v. Fielding	Di. 28. 10.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Mi. 29. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Do. 30. 10.		Keine Vorstellung
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow	Fr. 31. 10.	20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES / von Brecht
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Sa. 1. 11.	20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES / von Brecht
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow	So. 2. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER / v. Fielding	Mo. 3. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	Gastspiel des „Bread and Puppet Theatre", New York, mit THE CREW OF THE PEOPLE FOR MEAT	Di. 4. 11.		Keine Vorstellung
20.00	BLUTHOCHZEIT von Fortner (G)	Mi. 5. 11.	20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES / von Brecht
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Do. 6. 11.	20.00	3. KAMMERKONZERT
20.00	DIE HOCHZEIT DES FIGARO / v. Mozart Premiere (G)	Fr. 7. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER / v. Fielding	Sa. 8. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	So. 9. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende an der Abendkasse (ab ½ Stunde vor Beginn der Vorstellung) zum Preis von DM 2,— auf allen Plätzen — solange der Vorrat reicht.

TRIUMPH - tippa
Kleinschreibmaschine
mit Garantie DM 149,—
+ MWST.
Werksvertretung:
Hoffmann & Co.
Bochum – Viktoriastraße 71
Ruf: 1 30 21 / 22

Das Druckhaus
für
anspruchsvolle Kunden
Druckhaus
Schürmann & Klagges
Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 160 81 - 83

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT. DURCH ZOLLERSPARNIS NUR
RUM and MAPLE 2.50 DM
● Gratisprobchen · PLANTA · Berlin 61

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und
Lebensmittel
in Ihrer
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmann, Norbert Otte, Jörg Reimann

Zeichnungen: Krisch

Anzeigenleitung: Christine Schipplick

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9

Auflage: 8000 Exemplare

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

ADOLF LOEWE
Büromaschinen · Möbel · Organisation
Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

An
der Seite
der Jugend –
für
das Recht
der Studenten.

Deutsche Volkszeitung

Probeexemplare kostenlos durch: Monitor-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 (Anforderungskarten liegen in der Mensa und in der Buchhandlung Brockmeyer aus.